Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5191**

17. Wahlperiode 21. 03. 2011

Antrag

der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Renate Künast, Jürgen Trittin, Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Tom Koenigs, Claudia Roth (Augsburg), Josef Philip Winkler, Marieluise Beck (Bremen), Britta Haßelmann, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Kajta Keul, Memet Kilic, Ute Koczy, Monika Lazar, Agnes Malczak, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Dr. Konstantin von Notz, Omid Nouripour, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Umsetzung der Gleichstellung von Sinti und Roma in Deutschland und Europa

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beim Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2011 hat mit Zoni Weisz erstmalig ein Vertreter der Sinti und Roma vor dem Deutschen Bundestag gesprochen. Es war eine beeindruckende und berührende Rede. Zoni Weisz ging darin auf die heutige Situation der Sinti und Roma ein. Er sagte: „Es ist menschenunwürdig, wie Sinti und Roma, insbesondere in vielen osteuropäischen Ländern wie zum Beispiel Rumänien und Bulgarien, behandelt werden. (…) In manchen Ländern Westeuropas wie Italien und Frankreich wird man dann wieder diskriminiert, ausgegrenzt und lebt unter menschenunwürdigen Umständen in Ghettos. Man wird wieder des Landes verwiesen und in das Herkunftsland abgeschoben. (…) Wir sind doch Europäer und müssen dieselben Rechte wie jeder andere Einwohner haben, mit gleichen Chancen, wie sie für jeden Europäer gelten. Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute, im einundzwanzigsten Jahrhundert, immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine bessere Zukunft beraubt wird."

Sowohl der Bericht der Europäischen Kommission „The Situation of Roma in an Enlarged European Union" als auch zahlreiche Berichte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates sowie Analysen der Weltbank und von Nichtregierungsorganisationen haben deutlich gemacht, dass in den europäischen Staaten die Situation der Sinti und Roma menschenrechtlich höchst problematisch ist. Trotz des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995, das in Deutschland am 1. Februar 1998 in Kraft getreten ist, hat sich in den letzten Jahren die Situation in einigen Ländern weiter verschlechtert – Sinti und Roma sind von sozialer Ausgrenzung, Armut und Diskriminierung besonders bedroht. Das jüngste Beispiel hierfür sind die Massenausweisungen von Roma aus Frankreich nach Rumänien und Bulgarien.

Handlungsbedarf besteht aber auch in Deutschland. Noch immer sind Sinti und Roma in den verschiedensten Lebensbereichen von faktischer Ausgrenzung und Stigmatisierung betroffen. Besonders die Kinder aus Roma-Familien verfügen über schlechte Integrationschancen und auch der ungesicherte Aufenthaltsstatus vieler in Deutschland lebender Roma trägt erheblich zu ihrer Marginalisierung bei.

Die Bundesregierung hat im April 2010 ein Rücknahmeabkommen mit dem Kosovo abgeschlossen, obwohl es im Kosovo nach wie vor keine ausreichenden Aufnahme- und Integrationskapazitäten für Minderheiten, Kranke oder Rückkehrer gibt. Abgeschobene Flüchtlinge sind völlig auf sich selbst gestellt. Das Abkommen sieht die Ausreise beziehungsweise Rückführung von etwa 12 000 kosovarischen Roma in den kommenden Jahren vor. Etwa die Hälfte der Roma-Flüchtlinge sind Kinder. Fast zwei Drittel von ihnen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Studien haben ergeben, dass drei von vier Kindern, deren Familien bereits in den vergangenen Jahren in den Kosovo abgeschoben wurden, im Kosovo nicht mehr zur Schule gehen. Ein beträchtlicher Anteil hat keine Geburtsurkunde und kann damit auch das Recht auf Bildung, medizinische Versorgung oder soziale Unterstützung nicht durchsetzen.

Ziel muss die vollständige Gleichstellung der Sinti und Roma in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens sein. In den europäischen Staaten muss insbesondere der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und der politischen Willensbildung deutlich verbessert werden. Das 2005 ausgerufene „Jahrzehnt der Integration der Roma“ bietet zahlreiche Möglichkeiten, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit die Lebensbedingungen der Sinti und Roma konkret und dauerhaft zu verbessern. Auch die beiden europäischen Gipfeltreffen zur Lage der Roma 2008 in Brüssel und 2010 in Córdoba haben wichtige Impulse gegeben. Der Deutsche Bundestag begrüßt den Plan der EU-Kommission, demnächst einen EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration von Roma vorzulegen, an dem sich die Mitgliedstaaten bei der Erstellung ihrer eigenen Integrationsstrategien orientieren können, sowie die Absicht der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft, die Integration von Roma zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen.

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere historische und moralische Verantwortung, aktiv zur Integration der Sinti und Roma beizutragen und der Diskriminierung von Minderheiten entgegenzutreten.

II. Der Deutsche Bundestag nimmt den eindringlichen Appell von Zoni Weisz zum Anlass, die Bundesregierung aufzufordern,

– sich in den europäischen Staaten für eine Umsetzung der Gleichstelllung der Sinti und Roma einzusetzen,

– gemeinsam mit Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft Intoleranz und Alltagsdiskriminierung von Sinti und Roma auch in Deutschland mit allen Mitteln und in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern auf allen Entscheidungsebenen entgegenzutreten,

– darauf hinzuwirken, dass das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten in allen Ländern, die diesem Übereinkommen beigetreten sind, konsequent umgesetzt wird,

– sich dafür einzusetzen, dass der neue EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration von Roma rasch entwickelt wird und klare Ziele für Nationalstaaten und die EU vorsieht, Mechanismen zur Überwachung und Auswertung der Umsetzung dieser Zielvorgaben beinhaltet und noch innerhalb der ungarischen Ratspräsidentschaft verabschiedet wird,

– im Nationalen Reformprogramm entsprechend der integrierten Leitlinie der Strategie Europa 2020 zur „Bekämpfung gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut“ Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der in Deutschland lebenden Roma aufzuzeigen,
– sich auf EU-Ebene grundsätzlich gegen Abschiebungen von Sinti und Roma einzusetzen,
– sich gegenüber den Bundesländern für eine Aussetzung der Abschiebungen von Roma aus dem Kosovo einzusetzen, die Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten aufzufordern, ebenso zu verfahren, und Roma aus dem Kosovo eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu gewähren,
– niemanden ohne gültige Papiere in den Kosovo zurückzuführen und das deutsch-kosovarische Rücknahmeabkommen für Roma aus dem Kosovo auszusetzen.

Berlin, den 15. März 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333